

staatsmonopolistischen Systems, der Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Herausforderung durch den Sozialismus drängen die Führungskräfte des westdeutschen Monopolkapitals auf ein noch umfassenderes Wirksamwerden des Staates im Reproduktionsprozeß und in der Regulierung der Klassenbeziehungen. Führende Politiker und Ideologen des Monopolkapitals stellen die Frage, welche Veränderungen im inneren Mechanismus von Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Ideologie durch diese Entwicklung in Gang gesetzt werden. Vertreter der herrschenden Monopolgruppen befürchten, daß der Übergang zu einer neuen Stufe staatsmonopolistischer Regulierung und Formulierung, wie er Mitte der 60er Jahre einsetzte, auch Folgen haben kann, die von ihnen nicht mehr in den Griff zu bekommen sind. Die Führungskräfte des Monopolkapitals spüren, daß dieser Entwicklung „kein Leitbild“, das bisher geprägt wurde, „mehr standzuhalten scheint“ und eine „allgemeine geistige Desorientierung“² um sich greift; sie suchen daher nach Konzeptionen, die der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus als einer selbständigen Phase des Imperialismus mit allen seinen Verflechtungen von Ökonomie, Politik, Ideologie und Klassenkampf Rechnung tragen.

Diese Situation erklärt, warum der amerikanische Nationalökonom John Kenneth Galbraith mit dem Buch „Die moderne Industriegesellschaft“³ eine solch starke, wenn auch höchst unterschiedliche Resonanz bei den Führungskräften des westdeutschen Monopolkapitals und bei der Bonner Regierung gefunden hat. Galbraith hat sich als einer der führenden

Ideologen des amerikanischen Monopolkapitals das Ziel gestellt, den heutigen Systemmechanismus des Kapitalismus und die Rolle des Staates in diesem System einer umfassenden Analyse zu unterziehen und daraus Folgerungen für die Zukunft des staatsmonopolistischen Kapitalismus — von ihm „Industriesystem“ genannt — zu ziehen.

Sein Ausgangspunkt ist die Feststellung, daß von zahlreichen bürgerlichen Nationalökonomern zwar die eine und die andere Veränderung im Ablauf der ökonomischen Prozesse durch das Einschalten des Staates „mehr oder weniger als unabänderliche Tatsachen“ hingenommen werden, es aber bislang vermieden worden sei, „über die Konsequenzen dieser Entwicklung nachzudenken, die Fakten zusammenzufassen und sie *als ein System zu betrachten*“ (S. 435; Hervorhebung von mir — K.-H. R.).

Im Grunde bringt Galbraith damit das Verlangen der führenden Monopolgruppen zum Ausdruck, die vollzogene Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu einem System nun auch mit allen Konsequenzen in der ökonomischen Theorie und politischen Strategie durchzusetzen. Galbraith verspottet alle bürgerlichen Vorstellungen, die dieser Systembetrachtung nicht Rechnung tragen, als „ins Museum für ausgediente Ideen“ gehörend (S. 240). Er wendet sich mit aller Schärfe gegen Behauptungen oder Wunschträume einzelner Kapitalistengruppen und ihrer Ideologen, der heutige Kapitalismus sei ein System, „das immer noch unter der Flagge freien Unternehmertums segelt“ (S. 333). „Die Trennlinie zwischen dem Staat und der sogenannten Privatwirtschaft — oder zumindest ihrem hochgradig organisierten Teil — ist nichts weiter als eine traditionelle Fiktion“ (S. 262). Wer das erst einmal begriffen habe, „dem werden auch die wesentlichsten Trends in der amerikanischen Politik und Wirtschaft klar“ (S. 333).

2 „Von der Marktwirtschaft zur Technologie?“, Neue Zürcher Zeitung vom 28. 4. 1968.

3 Alle Seitenangaben im folgenden Text beziehen sich auf dieses Buch.